

individuelle Verhalten reglementieren will. Die Gefahr dieses Mißbrauchs ist nicht von der Hand zu weisen, aber das Problem der Folgen von Desolidarisierungen ist damit nicht vom Tisch. Wenn einzelne Gruppen nicht in der Lage sind, die notwendige gesellschaftliche Solidarität anzumahnen oder gar durchzusetzen, wenn also Solidarität zur Wagenburgmentalität der Zwei-Drittel-Gesellschaft im individualistischen Selbstverwirklichungsrausch zu werden droht, dann steht die Frage im Raum, ob der Staat nicht in seiner vermittelnden Funktion zwischen Gruppeninteressen gefragt ist. Eine solche Aufgabe erwächst aus zwei Gründen: aus sozialer Pflicht gegenüber den Solidarisierungsschwachen und im Blick auf das Ganze der Gesellschaft, deren sozialer Friede von marginalisierten Gruppen ziemlich sicher bedroht ist.

Zu fragen ist, welches Ausmaß an (Gruppen-)Egoismus sich eine Gesellschaft leisten kann. Angesichts der langen mehrheitsfähigen Ignoranz gegenüber der Lage von Ausländern (und deutschen Jugendlichen) oder angesichts des mehrheitsfähigen Wirtschaftswachstums auf Kosten der Ökologie wird die Durchsetzung nicht mehrheitsfähiger, weil belastender Entscheidungen virulent. Zu fragen ist also, wie lange man sich den „naturalistischen“ Fehlschluß leisten kann, daß das gesellschaftlich Faktische auch normativ gelten soll. Grundsätzlich ist ja die Realisierung einer nicht mehrheits-

fähigen Solidarität der deutschen Demokratie durchaus geläufig – im Steuerrecht etwa.

Im Hintergrund der Solidaritätsdebatte lauert, unschwer identifizierbar, die bundesdeutsche *Wertedebatte*. Welchen und wieviel Konsens benötigt die Gesellschaft, um Solidarität artikulieren und durchsetzen zu können? Woher die notwendigen Verhaltens- „tugenden“ nehmen, wenn die tradierten unter einer Erosion ihrer Glaubwürdigkeit leiden und sich zugleich die gesellschaftliche Produktion von Verhaltensweisen als Blütenraum einer verblichenen Sozialtechnologie herausstellt? Vielleicht weisen die Gemeinsamkeiten zwischen Ehrlichkeit und Authentizität, zwischen Nächstenliebe und Solidarität einige Wege, wie sich traditionelle Haltungen in neue Begriffe und Verhaltensanforderungen transformieren, um für eine Gesellschaft das zu erhalten, was Solidarität ermöglicht und sichert.

Die Gretchenfrage ist und bleibt allerdings die demokratische Plausibilisierung und Durchsetzung, die auch nur den Schatten einer Öko- oder Solidaritätsdiktatur vermeidet. Ob diese Aufgabe zentral oder subsidiär angegangen wird, ist eine Frage der politischen Entscheidung, nicht der Analyse. Zu einem anderen Weg als dem der Einsicht gibt es jedenfalls im demokratischen Staat keine Alternative. Die dazu notwendige politische Diskussion ist dringlich.

Helmut Zander

In einer Bewährungsprobe

El Salvador zwischen Friedensabkommen und Wahlen

Die Vorgänge in Guatemala der letzten Wochen haben gezeigt, wie instabil die politische und soziale Situation in Mittelamerika ist. Auch in El Salvador, wo vor eineinhalb Jahren ein Friedensabkommen zwischen der Regierung und der Guerilla geschlossen wurde, ist die erste Euphorie längst einer nüchterneren Beurteilung der Lage gewichen. Das im März verabschiedete Amnestiegesetz hat für erhebliche Unruhe gesorgt, die sozialen Strukturprobleme sind nach wie vor ungelöst. Die Führung der katholischen Kirche begleitet die politische Entwicklung und versucht, mit ihren Mitteln die Achtung der Menschenrechte und eine geistliche Entwicklung zu fördern.

Vor achtzehn Monaten besiegelte der historische Vertrag von Chapultepec den Frieden zwischen Regierung und Guerilla in El Salvador nach einem elf Jahre währenden Bürgerkrieg. Heute steht das mittelamerikanische Land in einer neuen Bewährungsprobe. Der Streit über den Umgang mit den Verbrechen der Kriegsparteien, die Neuorientierung der parteipolitischen Lager und der schwierige wirtschaftliche Aufbau dominieren die politische Szene.

Als am 16. Januar 1992 in Mexiko-Stadt die Verhandlungsführer der Guerilla-Bewegung FMLN und der Regierung El Salvadors unter Präsident *Alfredo Cristiani* den Friedensvertrag

für das leidgeprüfte mittelamerikanische Land unterzeichneten, war der Jubel auf allen Seiten groß. Die nationalkonservative Regierungspartei ARENA feierte *Cristiani*: Ihm war es gelungen, die Guerilla niederzuhalten und den grausamen Krieg zu beenden, in dessen Verlauf etwa 75 000 Menschen getötet wurden und die Wirtschaft des Landes erhebliche Schäden erlitt. Die linke Guerilla-Bewegung FMLN pries ihrerseits die sozialen und demokratischen Errungenschaften, die sie mit Zähigkeit erkämpft und im Vertragswerk durchgesetzt hatte: Eine unabhängige Justiz, das Ende der Straflosigkeit für Militärs, die Entwaffnung der Elitebataillone, die Ein-

richtung einer zivilen Polizei und die Aussicht auf eine Landreform.

Gefeiert wurden in jenen Tagen auch die Vermittler des Abkommens: Allen voran der damalige UN-Generalsekretär *Xavier Perez de Cuellar*, dessen letzte große Leistung im Amt der persönliche Einsatz bei diesen Verhandlungen war, ferner der Erzbischof von San Salvador, *Arturo Rivera Damas* und sein Weihbischof *Gregorio Rosa Chavez*, die am Zustandekommen der Verhandlungen unter UN-Leitung keinen geringen Anteil hatten. Optimistische Kommentare sprachen nach dem Friedensschluß von einem „Modellfall“ für Mittelamerika oder gar von der „am Verhandlungstisch durchgesetzten Revolution“. Der Vertrag von Chapultepec wurde als die „neue Verfassung El Salvadors“ bezeichnet. Er beendete die jahrzehntelange blutige Dominanz der Militärs und ermöglichte eine wirkliche Demokratie.

Winkelzüge um das Amnestiegesetz

Mit dem Abstand von eineinhalb Jahren ist die Euphorie einer nüchternen Beurteilung gewichen. Vor allem bei der Linken ist zu hören, in El Salvador sei im Grunde doch alles beim alten geblieben. Die Militärs hätten sich letztendlich durchgesetzt, und die inzwischen freiwillig entwaffnete FMLN habe ihnen nichts mehr entgegenzuhalten. Unmittelbarer Anlaß für diese Verbitterung ist das Verhalten der Regierung bei der Aufarbeitung der Kriegsverbrechen, mit dem sie die Hoffnung auf eine gerechte Bewältigung der blutigen Vergangenheit zunichte machte. Mit der Mehrheit der ARENA-Fraktion und weiterer rechtsgerichteter Abgeordneter beschloß das Parlament im März dieses Jahres ein umfassendes *Amnestiegesetz*. Es gewährt nahezu allen Kriegsverbrechern Straffreiheit – auch jenen, die an schweren Massakern beteiligt waren. Erst drei Tage zuvor hatte die internationale, überparteiliche „Wahrheitskommission“ am Sitz der UNO in New York ihren lange erwarteten Bericht über die *Menschenrechtsverletzungen* in El Salvador vorgelegt. Die Kommission war nach über 2000 Zeugenvernehmungen zu dem Schluß gekommen, daß hohe Militärs, aber auch die Gerichte des Landes, direkt oder indirekt an zahlreichen Morden und Strafvereitelungen mitschuldig seien. Die Kommission empfahl die Entlassung von Generälen (darunter auch Verteidigungsminister *Rene Emilio Ponce* und seines Stellvertreters *Juan Orlando Zepeda*) sowie von Richtern und Politikern. Wer offensichtlich in Morde verwickelt sei, solle für zehn Jahre keine öffentlichen Ämter mehr bekleiden dürfen. Dies sollte nach Ansicht der Kommission auch für Mitglieder der FMLN gelten, denn die Guerilla sei für etwa ein Achtel der Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkrieges verantwortlich. Schwachpunkt des Berichtes war allerdings, daß er nur in wenigen Fällen wasserdichte *Beweise* für die Mitwirkung von Befehlshabern an Morden und anderen Menschenrechtsverletzungen enthielt. So fiel es den Beschuldigten nicht schwer, die Forderungen

als überzogen herunterzuspielen und von einer nicht hinnehmbaren „internationalen Einmischung“ zu sprechen.

Als Konsequenz des Amnestiegesetzes wurden zwei Offiziere aus der Haft entlassen. Sie waren wegen Beteiligung an der Ermordung von sechs Jesuiten-Patres und zwei Frauen an der Jesuitenuniversität von San Salvador im November 1989 noch im vorigen Jahr zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Das Urteil war seinerzeit eine Sensation für Mittelamerika, wo die Straffreiheit für Militärs und Todesschwadronen gängige Praxis ist. San Salvadors Bischöfe und der Jesuitenorden kritisierten die Amnestie aufs schärfste, und die Jesuiten-Universität kündigte eine Klage beim Obersten Gerichtshof an. Juristisch und politisch sind jedoch die Aussichten schlecht, das Gesetz im nachhinein zu Fall zu bringen, zumal die Jesuiten kurz zuvor noch für eine Amnestie zugunsten der beiden Mörder plädiert hatten, um ein Zeichen der Versöhnungsbereitschaft zu setzen.

Mit einem geschickten Manöver nahm schließlich der ranghöchste Beschuldigte im Bericht der Wahrheitskommission, Verteidigungsminister Ponce, den Kritikern Wind aus den Segeln. Er reichte formell seinen Rücktritt ein, erinnerte aber zugleich an den schändlichen „ausländischen Druck“, der ihn zu diesem Schritt gebracht habe, und dem Präsident Cristiani sich nicht beugen müsse. In der Tat beugte sich der Präsident nicht und beließ Ponce vorläufig im Amt.

Die Winkelzüge um die Wahrheitskommission und das Amnestiegesetz haben den Eindruck entstehen lassen, die Regierung schere sich letztlich nicht um den Geist der Vereinbarungen von Chapultepec. Diese Einschätzung verkennt jedoch die *politische Wirklichkeit des Landes* und übersieht, wieviele Klippen auf dem Weg zu einer stabilen Demokratie noch zu umschiffen sind. Es ist kaum anzunehmen, daß Präsident Cristiani die Absetzung der führenden Generäle und Richter politisch überlebt hätte, wie sie die Wahrheitskommission empfahl. Der Serrano-Putsch im benachbarten Guatemala im Mai dieses Jahres hat der Welt noch einmal vor Augen geführt, wie zerbrechlich die demokratischen Ordnungen in Mittelamerika noch immer sind. Vor diesem Hintergrund war das Amnestiegesetz womöglich der einzige Weg, einen Rückfall in Militärherrschaft und neuen Bürgerkrieg zu vermeiden. Cristiani deswegen Vertragsbruch vorzuwerfen, wäre voreilig. Daß seine Rolle bei der Verwirklichung des Friedensvertrages tatsächlich schwierig ist, zeigt der Umbau der salvadorianischen Streitkräfte und Polizei-Einheiten. In einem andauernden Drahtseilakt erfüllten Cristiani und Ponce alle wesentlichen Bestimmungen des Vertrages: Reduzierung der Streitkräfte von 65000 auf rund 30000 Mann, Auflösung der für Massaker mitverantwortlichen Elite-Bataillone, Eingliederung paramilitärischer Spezialeinheiten der Polizei in die Zivilpolizei und schließlich sogar die Integration ehemaliger Guerilla-Kämpfer in die neuen Sicherheitskräfte. Jeder dieser Schritte erforderte enormes Fingerspitzengefühl im Umgang mit den Inhabern der militärischen Macht. Als Gegenleistung für die allmähliche Zähmung der Streitkräfte erreichte die

Regierung die immer wieder hinausgezögerte Entwaffnung der Guerilla sowie beträchtliche finanzielle Hilfszusagen aus dem Ausland.

So bewilligte der US-Kongreß im vergangenen Jahr 85 Millionen Dollar als Hilfe für den Umbau der Streitkräfte und die Eingliederung der 8000 ehemaligen Guerillakämpfer ins zivile Leben. Ein weiteres Hilfspaket im Umfang von 800 Millionen Dollar hat ein internationales Konsortium aus 19 westlichen Regierungen und den internationalen Kreditinstitutionen (IWF, Weltbank und IDB) zur Verfügung gestellt. Am aktivsten sind darin die Japaner mit einem Anteil von 300 Millionen Dollar. Die EG unterzeichnete im Februar dieses Jahres in San Salvador einen Vertrag, in dem sie den Ländern El Salvador, Guatemala und Panama 24 Millionen US-Dollar zusichert und weitere 800 Millionen für die kommenden fünf Jahre in Aussicht stellt.

Wirtschaftliche Erholung – soziale Strukturprobleme

Nachdem die ausländischen Partner ungeachtet der Amnestie-Turbulenzen die wesentlichen Punkte des Vertrages von 1992 offenbar als erfüllt ansehen, gehen die politischen Parteien daran, die Reihen für die im März 1994 anstehenden Wahlen zu ordnen. Da nicht nur ein neuer Präsident gewählt wird, sondern auch neue Bürgermeister und Kongreßabgeordnete, wird ihr Ausgang die politische Landschaft für den Rest der neunziger Jahre bestimmen. Wahlentscheidend werden vermutlich mehr die *wirtschaftlichen* als die politischen Verhältnisse sein, zumal die Masse der Bevölkerung des nachträglichen Parteiengerangels um den verhassten Krieg müde ist. Die von Unternehmern, Großgrundbesitzern und Händlern unterstützte Regierung Cristiani hat frühzeitig die Initiative an sich gerissen und schon einen Monat nach der Vertragsunterzeichnung im Februar 1992 einen ehrgeizigen Wiederaufbauplan für das kriegsbeschädigte Land vorgelegt. Darin schätzt Planungsministerin *Mirna Llevano* die Kriegsschäden auf 1,6 Milliarden US-Dollar. Betroffen ist vor allem die Infrastruktur, der Energiesektor (Staudämme), aber auch die Landwirtschaft, öffentliche Gebäude sowie das Schul- und Gesundheitswesen.

Trotz dieser enormen Schäden stehen die Chancen für ein Gelingen des Aufbaus nicht schlecht. Die Auslandsverschuldung des Landes ist die geringste in Mittelamerika, und dank der Überweisungen der mehrere Hunderttausend zählenden Exil-Salvadorianer aus Nordamerika ist die Handelsbilanz nicht so weit im Minus, wie nach dem dramatischen Einbruch der Kaffeepreise seit 1989 befürchtet wurde. So betrug nach offiziellen Angaben der Exporterlös aus Kaffee und anderen Waren im Jahr 1991 rund 785 Millionen US-Dollar, die Überweisungen der Exilanten wurden auf über 800 Millionen Dollar geschätzt. Die Treue der Diaspora nördlich des Rio Grande hat auch dazu beigetragen, daß die *Währung* des Lan-

HERDER/SPEKTRUM

Das Taschenbuch mit Linie

Neu im
Juli



Band 4206, DM 12,80



Band 4204, DM 19,80

Elisabeth Lukas
Von der Troztmacht des Geistes
Menschenbild und Methoden der Logotherapie
Band 4170, DM 16,80
Die „Trotzmacht des Geistes“ ist ein Schlüsselbegriff der Logotherapie. Ihr Ziel: Hilfe und Heilung durch Sinnfindung.

Samuel Osherson
Söhne entdecken ihre Väter
Die ersehnte Begegnung
Band 4207, DM 19,80
Männer brauchen Väter als Orientierung für ihr eigenes „Mannsein“.
Eine Wahrheit, die immer mehr ins Zentrum rückt.



Band 4201, DM 17,80



Band 4205, DM 17,80



Band 4213, DM 16,80



Band 4183, DM 16,80

Fordern Sie kostenlos das farbige Taschenbuch-Gesamtverzeichnis an: Verlag Herder, Herrn Windfelder, Postfach, 79080 Freiburg

des vergleichsweise stabil geblieben ist. Für El Salvadors Wirtschaft ist daher die alljährlich fällige Entscheidung der US-Regierung über die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung für die Flüchtlinge aus El Salvador ein Datum, dem man mit Zittern und Bangen entgegensieht.

Längerfristig wird das Land jedoch versuchen müssen, wirtschaftlich auf eigenen Beinen zu stehen. Die Rückkehr von Fluchtkapital hat bereits vorsichtig eingesetzt, die Aussicht, am Wiederaufbau zu verdienen, lockt. Zusätzlich hat das Parlament im September vergangenen Jahres eine Erhöhung der Mehrwertsteuer beschlossen, um dem Staat Mittel für den Aufbau zu verschaffen. Sie wurde trotz gewerkschaftlicher und politischer Proteste zügig durchgesetzt. Überhaupt hat das Land die Bürgerkriegsjahre in einer *wirtschaftlich einigermaßen robusten Verfassung* überstanden. Die wichtigsten Indikatoren zeigen trotz der Kriegswirren eine positive Tendenz. So stieg die durchschnittliche Lebenserwartung von 1980 bis 1990 von 62 auf 64 Jahre, und die Säuglingssterblichkeit ging von 77 auf 57 je tausend Geburten zurück. Mit dem friedensbedingten Aufschwung im Rücken erhofft sich die ARENA-Partei bei den Wahlen einen erneuten Sieg, obwohl sie auf Präsident Cristiani als Zugpferd verzichten muß – gemäß der Verfassung darf er für eine unmittelbare Wiederwahl nicht kandidieren.

Die positiven Statistiken der Regierung können jedoch nicht darüber hinwegsehen lassen, daß die *großen sozialen Strukturprobleme* des Landes, die einst Auslöser des Bürgerkrieges waren, nach wie vor bestehen. Weiterhin wachsen die Armenviertel um die Hauptstadt San Salvador, und trotz mehrerer Ansätze zur Landreform besitzen noch immer rund eine halbe Million Salvadorianer nicht genug Land, um davon leben zu können. Zusammen mit den städtischen Armen bilden sie jene zwei Drittel der Bevölkerung, die offiziell als arm gelten. In den bis 1991 von der FMLN kontrollierten Gebieten im Norden des Landes wurde zwar mit genossenschaftlichen Formen des Landeigentums experimentiert, doch waren die Erfolge bescheiden. Auf der Linken wie auf der Rechten setzt sich die Erkenntnis durch, daß eine bloße Umverteilung von Land in die Hände der Landlosen wenig bringt, wenn nicht gleichzeitig Geld in die Ausbildung, die Bodenverbesserung und die Infrastruktur der ländlichen Gebiete gesteckt wird. Entsprechende Programme sind kurzfristig nicht auf den Weg zu bringen, so daß die FMLN bei den Wahlen 1994 mit einem relativ hohen Stimmenanteil bei der ärmeren Landbevölkerung rechnen kann.

Doch bevor die zur Partei gewandelte Guerillabewegung die Stimmenernte einfahren kann, muß sie sich zu einem gemeinsamen Kandidaten und zu einem klaren politischen Kurs durchringen. Ihre ideologische Basis ist seit dem Friedensschluß brüchig geworden. Die Minimalziele (Demokratisierung und Entmilitarisierung des Staates) sind weitgehend erreicht, über das Weitere besteht kein Konsens. So stieß der einst als Präsidentschaftskandidat gehandelte junge Ex-Guerilla-Kommandant *Joaquín Villalobos* kürzlich viele Mit-

kämpfer von früher vor den Kopf, als er ein Buch veröffentlichte, in dem er einen „reformierten Kapitalismus“ als Zukunftsvision anpreist und den Marxismus fast vollständig über Bord wirft. Im Gegensatz dazu tritt der „linke Kopf“ der FMLN, *Shaffik Handal*, weiterhin für ein vage beschriebenes erneuertes sozialistisches Modell ein. Die fünf Gruppierungen, aus denen sich die FMLN in den achtziger Jahren bildete, scheinen jedoch unterdessen wieder stärker auseinanderzudriften, und es ist zweifelhaft, ob sie überhaupt noch mit einem gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten 1994 antreten werden.

Die katholische Kirche als ruhender Pol

Einfluß auf die Streitigkeiten innerhalb der FMLN übt auch die Richtungsdebatte in der linkskatholischen Christdemokratischen Partei (PDC) aus. In ihr wird offen darüber diskutiert, ob bei einer zu erwartenden Stichwahl für das Präsidentenamt ihr Kandidat als gemeinsamer Mann der Linken, also auch der FMLN, gegen den ARENA-Kandidaten antreten soll. Aber auch der führende Kopf der sozialdemokratischen „Convergencia Democrática“ (CD), *Ruben Zamora*, wird als möglicher Einigungskandidat der Linken gehandelt. Gelingt es den Parteien links von der ARENA nicht, das Kandidatengerangel frühzeitig zu beenden, wäre dies weiteres Wasser auf die Mühlen der Regierungspartei. In ihr hat sich Präsident Cristiani als unangefochtener Vater des Friedensschlusses gegen den harten rechten Flügel durchgesetzt. Dennoch ist auch die ARENA-Führung nicht sorgenfrei. In dem Maße, in dem ihr Bild als hart durchgreifende Anti-Guerilla-Partei verblaßt, erstarken die Kräfte auf der außerparlamentarischen Rechten. Beobachter von amnesty international und der UNO berichteten in jüngster Zeit über zunehmende Aktivitäten der „Todeschwadronen“. Fast täglich werden Menschen ermordet aufgefunden, und oft sind politische Motive im Spiel. Offensichtlich werden noch immer alte Rechnungen aus der Zeit des Bürgerkrieges beglichen, werden gefallene Kameraden gerächt, Verräter „hingerichtet“ und „Subversive“ eingeschüchtert. Daneben wächst aber auch die nicht politische, kriminelle Gewalt in einem bislang ungekannten Ausmaß. Der plötzliche Rückzug der Armee- und Polizeitruppen aus dem Straßenbild hat ein Vakuum hinterlassen, in dem eine mit Waffen reichlich versorgte Jugend durch Raub, Entführungen und Gewalt schnell reich zu werden hofft. Diese akute Bedrohung der inneren Sicherheit eröffnet der *extremen Rechten* neue Wählerpotentiale, und es ist ungewiß, ob die liberaler gewordene ARENA dies auffangen können.

Als ruhender Pol in der aufgewühlten salvadorianischen Gesellschaft erweist sich wie in den Jahren des Bürgerkrieges die *Führung der katholischen Kirche*. Das Menschenrechtsbüro der Erzdiözese San Salvador, die „Tutela Legal“ arbeitet hartnäckig an der Aufdeckung der gegenwärtigen wie der vergangenen politisch motivierten Verbrechen. So prangerte ihre

Leiterin *María Julia Hernández* mutmaßliche Verschleierrungsversuche der Regierung bei der Aufklärung des „Massakers von El Mozote“ an – dem schrecklichsten bislang aufgedeckten Bürgerkriegsverbrechen, bei dem 1981 mehrere hundert Campesinos, darunter Frauen und Kinder, umgebracht wurden. Trotz oder gerade wegen der gesetzlichen Amnestie ist diese Aufarbeitung für die zerrissene salvadorianische Gesellschaft wichtig.

Die Wunden zu heilen ohne zu vergessen, ist auch die Maxime von Erzbischof Rivera Damas und Weihbischof Rosa Chavez. In Predigten und Interviews nehmen beide zu allen politischen Entwicklungen Stellung. Häufig sind sie es, die der tagespolitischen Diskussion die Stichworte geben. Mehr als einmal beruhigten sie die erhitzten Gemüter der einstigen Kriegsgegner, wenn der langwierige Abrüstungsprozeß auf Gegenseitigkeit ins Stocken kam. Besondere Geschicklichkeit

im Balancieren auf dem politischen Terrain bewies der Erzbischof in seinem Verhalten gegenüber der FMLN, die nicht müde wird, das Erbe seines ermordeten Vorgängers Romero allein für sich zu reklamieren. Er duldete, daß Anhänger der Guerilla bei den nationalen Feiern nach Abschluß des Friedensvertrages die Kathedrale für ihre Propaganda-Zwecke nutzten. Und auch beim Festakt für die Konstituierung der FMLN als legale Partei war er als Vertreter der Kirche anwesend. Priestern und Ordensleuten, die während des Bürgerkrieges offen für die Sache der Revolutionäre eingetreten waren, empfahl er jedoch, sich für einige Zeit aus der Gemeindearbeit zurückzuziehen und in der Stille neue Kraft zu schöpfen für ihre eigentlichen Aufgaben: Die Polarisierung der Kirche müsse aufhören, sonst könne sie nicht glaubwürdig in der Gesellschaft für Frieden und Versöhnung eintreten.

Ludwig Ring-Eifel

Am Beginn einer neuen Ära?

Politische und kirchliche Veränderungen in Korea

Unter dem neuen Präsidenten Kim Young Sam hat sich das politische Klima in Südkorea zum Vorteil verändert. Gleichzeitig macht sich auch in der lange boomenden Wirtschaft des Landes die weltweite Rezession bemerkbar. Das schnelle Wachstum der katholischen Kirche setzt sich offenbar in verlangsamtem Tempo fort; die Versuche, sich intensiver mit der koreanischen Tradition auseinanderzusetzen, stehen in der Kirche erst am Anfang. Unser Asien-Mitarbeiter Georg Evers hat kürzlich Korea besucht: hier sein Bericht.

In Korea herrscht auch ein knappes halbes Jahr nach den Wahlen immer noch eine gewisse Aufbruchstimmung. Dem neuen Präsidenten *Kim Young Sam* ist es öffentlich gelungen, mit seinen energischen Maßnahmen gegen die jahrelange Korruption in der Regierung, der Armee und der Wirtschaft Zustimmung auch in den Kreisen der Bevölkerung zu finden, die ursprünglich nicht für ihn gestimmt haben. Umfragen unter Jugendlichen im April ergaben, daß der Präsident gegenwärtig so populär ist, daß er sogar Stars der Popszene weit hinter sich läßt und die Liste der „Hundert Stars in Korea“ anführt. Auch in der Cholla-Provinz mit der Hauptstadt Kwangju, die wie jedes Jahr auch dieses Mal im Mai des Massakers von 1980 gedachte, hat *Kim Young Sam* so etwas wie eine knurrige Zustimmung gefunden, die darin übereinkommt, daß er seine Sache bisher unerwartet gut erledigt habe. Man hat sich offensichtlich damit abgefunden, daß *Kim Dae Jung*, der erklärte Favorit für mehr als 90 Prozent der Wähler dieser Region, landesweit wohl nie eine Mehrheit erringen können. *Kim Dae Jung* hat fürs erste Korea verlassen und einen Lehrauftrag in Oxford angenommen.

Die Anti-Korruptionskampagne der neuen Regierung hat das Auftreten der höheren Politiker in der Öffentlichkeit stark

verändert. Einladungen zu Arbeitsessen in den besseren Restaurants sind jetzt verpönt. Statt dessen sieht man die leitenden Beamten sich brav in die Reihen der einfachen Chargen einreihen, die bei den öffentlichen Kantinen zur Mittagszeit Schlange stehen. Leidtragende der neuen „reinen Politik“ sind die Luxusrestaurants, die in der Vergangenheit von Politikern frequentiert wurden und jetzt über dramatische Einkommensverluste klagen. Verabredungen zum Golfspiel, um Geschäft und Vergnügen zu kombinieren, sind ebenfalls in Verruf geraten und gelten als unvereinbar mit der erneuerten Moral des öffentlichen Lebens. *Kim Young Sam* hat es jedenfalls verstanden, sich als Politiker einer Reformpolitik zu präsentieren und den Makel vergessen zu lassen, der ihm nach seinem Wandel vom Oppositionspolitiker zum Gefährten der Macht unter dem voraufgegangenen Präsidenten *Roh Tae Woh* zunächst anhaftete. Jetzt rechnet man es ihm weniger als Opportunismus an, daß er diesen Schritt getan hat, sondern sieht darin eher eine angemessene Vorbereitungszeit auf das neue Amt. Im Rückblick erscheint auch die Regierungszeit von *Roh Tae Woh* zwar nicht unbedingt demokratisch, aber durch die Art, wie der Übergang von einer eher autokratischen Regierung zur Demokratie vollzogen wurde, doch als